

Linke und Mitteparteien vereint für die nationale Erbschaftssteuer



Sie sei gerecht und effizient, sagen die Befürworter zur nationalen Erbschaftssteuer. Im Bild: Julian Stoffel (l.), Hugo Bosshart, Nationalrätin Martina Munz. Bild Selwyn Hoffmann

Ein überparteiliches Komitee hat seine Argumente für die Annahme der Erbschaftssteuerreform dargelegt.

von mark liebenberg

Das Schweizer Stimmvolk befindet am 14. Juni über die Erbschaftssteuer-Initiative. An einer Medienkonferenz haben gestern Vertreter der Schaffhauser Mitte- und Linksparteien vereint für die Vorlage Stellung bezogen. Hugo Bosshart, Co-Päsident der EVP Schaffhausen, stösst sich daran, dass die Vermögensverteilung in der Schweiz «extrem ungerecht» sei. Die Erbschaftssteuer sei eine gerechte Steuer, sagte Bosshart, der seine Argumente mit Statistiken untermalte: «Die Vermögenskonzentration auf ein paar Wenige in unserem Land spitzte sich in den letzten Jahren immer mehr zu. Die ärmsten 20 Prozent haben gar nichts!» Im Jahr 2015 gehe man von in der Schweiz vererbtem Vermögen von 76 Milliarden Franken aus. «Mit den jährlichen Einnahmen von ungefähr vier Milliarden Franken durch eine Erbschaftssteuer könnte man die AHV entlasten, den Mehrwertsteuersatz senken oder die Lohnnebenkosten tief halten», meinte Bosshart. Julian Stoffel von den Juso ging noch einen Schritt weiter, geisselte die Privilegierung einer reichen Schicht im bishe-

rigen System und forderte die Solidarität der Reichen ein. «Einige wenige sind von Geburt an durch ihr Erbe privilegiert, während besonders uns Jungen Rentenaltererhöhungen, Beitragskürzungen und höhere Lohnnebenkosten die sozialen Kosten aufgebürdet werden.»

Stefan Bruderer, Vizepräsident der ÖBS, forderte, dass es fairer sei, Vermögen statt Lohn und Konsum zu belasten. «Es handelt sich aus ökonomischer Sicht um eine sinnvolle und effiziente Steuer, welche die AHV entlastet», so Bruderer. Der vorgesehene Freibetrag von zwei Millionen Franken Sorge dafür, dass nur sehr hohe Vermögen betroffen wären. «Durchschnittsschweizer können da unbesorgt zurücklehnen.»

KMU- und mittelstandsfreundlich

Matthias Frick bezeichnete die sukzessive Abschaffung der kantonalen Erbschaftssteuern in den letzten Jahren namens der Alternativen Liste und des Gewerkschaftsbundes als «skandalös». Ziel eines Steuersystems sei, einen gewissen Ausgleich in der aus dem System entspringenden Ungleichheit in der Gesellschaft zu schaffen. «Heute besitzen zwei Prozent der Reichsten die Hälfte des Vermögens in der Schweiz – die Ungerechtigkeit wächst von Jahr zu Jahr.» Deshalb brauche es eine einheitliche Bundeslösung. Bürgerliche Wähler würden vom Pro-Lager an der Nase herumgeführt: «Es gibt gute bürgerlich-liberale Argumente für die Erbschaftsteuer, denn ohne eine Steuer für direkte Nachkommen wird Nichtleistung belohnt; das ist eine Art aristokratisches System.» SP-Nationalrätin Martina Munz schliesslich beklagte die «Märchen, wenn nicht sogar Lügen», die von den Gegnern der Initiative verbreitet würden. «Alle umliegenden Länder und sogar die USA kennen eine Erbschaftsteuer, und sie ist mit einer Freigrenze von 50 Millionen auch nicht KMU-feindlich», sagte Munz. Den Mittelstand treffe die Steuer ebenfalls kaum, weil nur gerade zwei Prozent der Steuerpflichtigen mehr als zwei Millionen Vermögen haben. «Von der Erbschaftsteuer profitieren wir alle. Sie sichert unsere AHV», so Munz.